

1:12-INITIATIVE Aktualisiert am 17.07.13, um 07:01 von Doris Kleck

Bundesrat warnt: 1:12 schadet der AHV – Gewerkschaften verneinen

TEILNEHMEN ZWISCHENERGEBNIS

Gefährdet die 1:12-Initiative die AHV?



- Ja
- Nein

Stimmen Sie jetzt ab

Eine starke AHV gehört zu den wichtigsten Forderungen der Gewerkschaften. Doch ausgerechnet durch die 1:12-Initiative drohen Einnahmeausfälle bei Steuern und Sozialversicherungen, meint der Bundesrat. Die Gewerkschaften verneinen. von Doris Kleck

ÄHNLICHE THEMEN

Kommentare (23)



Der peinliche Streit der Wirtschaftsvertreter um die 1:12-Initiative

Aktualisiert am 09.07.13, um 08:03 von Doris Kleck



Lohnschere von 1:124 – Schweizer Managerlöhne pendeln sich auf sehr hohem Niveau ein

Aktualisiert am 24.06.13, um 09:31

Abgestimmt wird zwar erst im November, doch die Gewerkschaft Unia hat ihre Plakatkampagne für die 1:12-Initiative bereits lanciert. Mit Hamburgern wird illustriert, dass der höchste Lohn in einem Unternehmen nicht mehr als das zwölfwache des tiefsten betragen soll.

Hohe Löhne haben allerdings auch ihr Gutes. «Die Reichen brauchen die AHV nicht, aber die AHV braucht die Reichen», wusste bereits der verstorbene SP-Bundesrat Hans-Peter Tschudi. Er gilt als wichtiger Gestalter der Altersvorsorge. Tschudis Aussage hat einen Grund. Leute mit einem hohen Einkommen bezahlen auf jedem Franken ihres Lohnes einen Beitrag an die AHV. Doch sie erhalten wie alle anderen eine maximale AHV-Rente von derzeit rund 28'000 Franken pro Jahr. «Leute mit tiefen und mittleren Einkommen profitieren von den Beiträgen der Leute mit hohem Lohn», schrieb deshalb Daniel Lampart, Chefökonom des Schweizerischen Gewerkschaftsbundes (SGB), einst in seinem Blog. Die AHV stehe unter «bürgerlichem Dauerdruck, weil nichts in der Schweiz so stark umverteilend wirkt wie die AHV – auch die direkten Steuern nicht», schrieb Lampart.

Loch wegen Abzocker-Initiative

Mögliche Ausfälle bei der AHV führte der Gewerkschafter Lampart denn auch als Argument gegen die Abzocker-Initiative ins Feld, die im März vom Stimmvolk angenommen wurde. Die Initiative führe zu einer Verlagerung der Managerlöhne zu den Gewinnen der Aktionäre, hielt er gegenüber der «NZZ am Sonntag» fest. Das führe zu einem «Loch bei der AHV», weil auf Dividenden anders als bei Löhnen und Boni keine AHV-Beiträge erhoben würde. «Das wäre ein Eigengoal», sagte auch SGB-Präsident und Ständerat (SP/SG) Paul Rechsteiner.

Als Folge des Ja zur Abzockerinitiative fürchtet der SGB also um «mehrstellige Millionenbeträge» für die AHV. Die 1:12-Initiative verfolgt jedoch das gleiche Ziel wie die Abzocker-Initiative einfach mit anderen Mitteln: die Kürzung der Managerlöhne – mit Folgen für die Einnahmen der Sozialwerke. Paul Rechsteiner lässt den Vergleich zwischen den beiden Volksbegehren jedoch nicht gelten, weil die Wirkung unterschiedlich sei: «Die Abzocker-Initiative stellt die Aktionäre besser, die 1:12-Initiative die schlechter Verdienenden», sagt der SGB-Präsident. Rechsteiner geht davon aus, dass die Initiative zu einer gerechteren Verteilung der Lohnsumme führen würde und damit für die AHV neutral sei. Oder wie es SGB-Sprecher Ewald Ackermann sagt: «Oben werden die Löhne gekürzt, unten

angehoben.» Gleich argumentiert die Unia: «Die Summe der Versicherungsbeträge bleibt die gleiche, sie setzt sich einfach anders zusammen.»

Zweifel an Erwartungen

Der Bundesrat bezweifelt in seiner Botschaft die Erwartungen der Initianten, dass sich eine Beschränkung der Top-Löhne positiv auf die übrigen Einkommen auswirken würde. Einerseits, weil die Anpassung der Kaderlöhne für viele Unternehmen «keine realistische Option sei». Andererseits, weil Firmen mit hohen Entschädigungen des Managements auch den übrigen Angestellten «überdurchschnittliche Löhne» bezahlen. Der Bundesrat beziffert die finanziellen Auswirkungen der 1:12-Initiative nicht, schreibt aber von «erheblichen Einnahmeausfällen bei Steuern und Sozialversicherungen».

Dem Gewerbeverbandspräsidenten und Nationalrat (SVP/FR) Jean-François Rime genügt diese Aussage nicht. Gemäss «Newsnet» verlangt er in einer Interpellation konkrete Zahlen, welche Einbussen für die Sozialversicherungen und die Suva durch eine Beschränkung der höchsten Löhne auf 500'000 Franken entstehen würden. So viel würde die staatlich verordnete Lohnobergrenze bei einem Tiefstlohn von 3500 Franken betragen. 2010 erhielten in der Schweiz rund 12'000 Arbeitnehmer einen Lohn von über einer halben Million Franken. Die «NZZ» errechnete daraus für die Sozialversicherungen AHV, IV und EO Mindereinnahmen von 560 Millionen Franken. Dies ist indes eine statische Betrachtung ohne Berücksichtigung von allfälligen Verhaltensänderungen von Firmen und Einzelpersonen.

Dividenden statt Lohn

Eine solche könnte sein, dass sich Inhaber von Firmen vermehrt Dividenden statt Löhne ausbezahlen würde – zulasten der Sozialwerke. Damit entstünde der gleiche Effekt, den die Gewerkschafter bei der Abzocker-Initiative befürchten und den sie bei der Unternehmenssteuerreform II harsch kritisieren. Zumindest Ständerat This Jenny (SVP/GL) machte bei der Parlamentsdebatte keinen Hehl daraus, dass er bei der Annahme der Initiative diesen Weg wählen würde. Seinem Ratskollegen Rechsteiner macht dies allerdings kein Kopfzerbrechen: «Die Behörden lassen diese Praxis nicht unbeschränkt zu.»

So oder so: Die Auswirkungen für die AHV werden im Abstimmungskampf zur 1:12-Initiative eine wichtige Rolle spielen.

(Die Nordwestschweiz)

1 2 3

Alfred Reichmuth 21.07.13| 15:05

[Kommentar melden](#)

Löhne und Boni unterliegen ohne Begrenzung nach oben der AHV-Beitragspflicht. Es besteht überhaupt kein Zweifel, dass der Löwenanteil der AHV-Beiträge von den hohen Erwerbseinkommen herkommen. Die 1:12 Initiative steht somit dem Interesse aller heutigen und künftigen Rentenbezüger diametral entgegen. Sie ist klar zu verwerfen. Dies umso mehr als der Gewerkschaftsbund jetzt noch die AHV+ Initiative lanciert hat (Erhöhung der AHV-Renten um 10%). Soll mir einer sagen, wie auch diese zusätzlichen Milliardenkosten finanziert werden sollen. Nur wer den Wohlfahrts- und Sozialstaat Schweiz kaputt machen will, stimmt für die 1:12 Initiative. Apropos: selbst die ideologisch noch stärker eingefärbten französischen Sozialisten verlangen einen Höchstlohn für Spitzenmanager von ausschliesslich staatlichen Unternehmen von höchstens 20 : 1. Etwas sehr weltfremd und willkürlich, was sich da die schweizerischen Jungsozialisten (lies: Marxisten) haben einfallen lassen.

Brigitte Kaufmann 19.07.13| 19:21

[Kommentar melden](#)

Die Initiative macht ein Problem, wo in Tat und Wahrheit keines ist. Ja, es gibt überrassene Löhne, aber Tatsache ist doch auch, dass in der Schweiz wie nur in wenig anderen Ländern der Wohlstand gut verteilt ist. Das funktioniert in unserem Land ohne staatliches Lohndiktat.

Höss 18.07.13| 21:05

[Kommentar melden](#)

Warum sind die Gewerkschaften noch nicht auf die einleuchtende Idee gekommen, die AHV-Beiträge anlog der Steuerprogression festzusetzen??? Mittlere und höhere Einkommen würden

dann wesentlich stärker zur Kasse gebeten und das Ziel der sozialen Gerechtigkeit käme dann vielleicht etwas näher...

Dieter Wundrak-Gunst 18.07.13| 09:17

[Kommentar melden](#)

Verstehen kann ich den Bundesrat, so kann man es formulieren. Nur sieht man ein wenig in die Materie der heutigen Zeit hinein, diese Stichpunkte nur, Daniel Vasella, Goldman Sachs, Finanzplatz London, dann auch die Summen bei Spielern im Fussball, dann die UEFA mit dem Fernsehen, alles lesen wir doch in den Medien, sogar das Fernsehen berichtet täglich über solche Schanddaten. Mit anderen nur gesagt, mich wundert es nicht, wenn am Schluss das VOLK sagt, ja, zu dieser Initiative. Wenn es so weit kommt, dass das VOLK nur noch die Ungerechtigkeit sieht, dann sieht sie auch nicht die Sorgen vom Gewerbe.

Marco Egli 17.07.13| 21:33

[Kommentar melden](#)

Herr Robert und Herr Schneider nehmen wir mal an, die Initiative wird angenommen. Als Geschäftsleitung eines Konzerns haben Sie nun drei Möglichkeiten: a) Löhne der GL senken, b) Geschäftsleitung ins Ausland verlegen, c) tief bezahlte Mitarbeiter entlassen. a) wird wohl kaum in Frage kommen. b) reduziert das Steuer- und AHV-Substrat in der Schweiz massiv und kostet qualifizierte Arbeitsplätze. c) kostet ebenfalls Arbeitsplätze. Aber vielleicht sollten Sie mal etwas weiterdenken. Wenn der Konzernsitz einer Novartis oder Nestle ins Ausland vorschoben wird, dann wird es der Bäcker nebenan oder der Nestle-Hauselektroniker auch nicht so cool finden und evtl. auch Leute abbauen müssen. Oder der Getränkelieferant der Novartis. Ich weiss immer noch nicht, für welche Bevölkerungsschicht die Initiative nun etwas bringt. Die Schlechtbezahlten werden entlassen, der Mittelstand zahlt mehr Steuern und Abgaben.

Und übrigens, ich war für die Abzockerinitiative. Ich finde es gut, dass der Aktionär bestimmen kann, wie viel die GL verdienen soll. Aber der Staat hat sich da rauszuhalten. Und nein, ich verdiene maximal das doppelte des tiefsten Lohnes in meiner Unternehmung.

Ich verstehe einfach nicht, wieso wir den Ast absägen sollen, auf dem wir draufsitzen.

Marco Bless 17.07.13| 21:18

[Kommentar melden](#)

"Die Lohnsumme soll korrekt verteilt werden "

Die Lohnsumme wird so verteilt, wie es AG und AN miteinander vereinbaren und nicht nach Ihrer Vorstellung von heiler Welt.

Ich möchte gar nicht wissen, was bei Ihnen als "korrekte Verteilung" gilt, angesichts der Naivität dieser Aussage. Wenn Sie glauben, Sie könnten aus der Ferne besser beurteilen, wieviel die Arbeit eines Mitarbeiters Wert ist, als er selbst mit seinem AG zusammen, dann ist das die Erklärung, weshalb der Sand knapp wird, wenn man die Sozis in die Wüste schickt.

Steuerausfälle taxieren Sie ungeprüft als "allenfalls marginal" und gleichzeitig Managerlöhne als "enorm". So betreibt man keine Volkswirtschaft. Setzen Sie sich doch lieber für Delphine ein.

Marco Bless 17.07.13| 18:04

[Kommentar melden](#)

Teil 2 der Fortsetzungsserie sinnloser Vorhaben.

"wie man mit Recht Gerechtigkeit schaffen will" -> die Gerechtigkeit wohnt in einer Etage, zu der das Recht keinen Zutritt hat

"wie man den Sozialismus durch die Hintertür einführen will" -> was bei uns heute abläuft, ist vor einiger Zeit schon in Südamerika passiert. Während die Wirtschaft durch neoliberale Grossinvestoren zugrunde gerichtet und die Bürger ausgesaugt wurden, kämpfte die sozialistische Linke gleichzeitig dafür, den Vorgang noch zu beschleunigen. Indem sie mit gegen die Abzockerei wirkungslosen Gesetzen die Enteignung der Bürger und die Vernichtung von Arbeitsplätzen vorantrieb.

Wie ich immer sage: die Sozialisten sind und waren schon immer die besten Helfer neoliberaler Heuschrecken. Beide haben ein gemeinsames Zuhause in der Selbstherrlichkeit. Nur verbreiten die einen davon noch dazu den Glauben an den Storch.

stefan robert 17.07.13| 17:34

[Kommentar melden](#)

@ egli Marco > Sie können mich auch nicht überzeugen. Und auch die Berechnungen von Frau Steiner nicht. Die Lohnsumme soll korrekt verteilt werden - alles Andere ist unsozial wenn nicht sogar unmenschlich und unwürdig. Allenfalls marginal fehlende Steuereinnahmen können alleweil anderweitig kompensiert werden. Da ist eben etwas Innovation gefragt. An dem fehlt es uns ja beileibe nicht. Herr Egli - entweder sind Sie jetzt bereits einer der diese 12er Klausel überzieht, oder Sie errechnen sich demnächst einen solchen Job. Anders ist Ihre Haltung nicht zu erklären. Es kann doch nicht sein, dass wir einigen Managern solch enorme Löhne bezahlen, nur damit unser Sozialsystem nicht kollabiert. Wäre es so, dann prost Nägeli.....

Alex Schneider 17.07.13| 16:56

[Kommentar melden](#)

Top-Löhne kürzen: Die Wirtschaft würde es wegstecken!

Gemäss der Tageszeitung „Nordwestschweiz“ vom 17. Juli 2013, Seite 5 erhielten 2010 in der Schweiz rund 12'000 Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen einen Lohn von über einer halben Million Franken. Interessant zu wissen wäre, in welchen Branchen und Positionen so viel verdient wird. Ich wette, dass auch mit einer Kürzung dieser Löhne auf die Hälfte, die Schweizer Wirtschaft weiter florieren würde. Leute aus der zweiten Reihe würden diese Jobs auch zu den gekürzten Gehältern zur Zufriedenheit aller machen, falls sich die heutigen Top-Leute ins Ausland verabschieden sollten.

Peter Soltermann 17.07.13| 16:16

[Kommentar melden](#)

Auf den ersten Blick scheint die 1:12 Initiative auch für mich als Unternehmer nicht kritisch, denn in einem KMU-Betrieb bewegen sich die Verhältnisse maximal bis 1:4.

Aber Achtung, diese Initiative führt zum Rückenschuss! Die Steuer- und Sozialversicherungsausfälle müssten einmal mehr durch den Mittelsand bezahlt werden. Der richtige Weg wäre, dem Firmen-Eigentümer die nötigen Instrumente in die Hand zu geben, damit die Übertiebenen Abzocker-Saläre verhindert werden.

1 2 3

ANZEIGE